

## Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 15.11.2012  
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 18:45 Uhr

### Anwesend:

#### Vorsitz:

Magdalene Garvert Rhede

#### Mitglieder:

Reinhard Böcker	Ahaus	
Hans-Georg Fischer	Ahaus	anwesend bis 18:00 Uhr
Otger Harks	Stadtlohn	anwesend bis 18:00 Uhr
Bernhard Krasenbrink	Bocholt	
Heinrich Lübbering	Vreden	anwesend ab 16:15 Uhr
Rudi Lüdtke	Gronau	Vertretung für Herrn Josef Berghaus
Johannes Maus	Velen	Vertretung für Herrn Alfons Wissing
Norbert Oenning	Borken	
Josef Osterhues	Ahaus	Vertretung für Frau Bernadette Aehling; anwesend ab 16:10 Uhr
Maja Saatkamp	Borken	
Josef Schleif	Südlohn	Vertretung für Herrn Ludwig Artmeyer
Markus Schulte	Gronau	
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn	anwesend bis 18:00 Uhr
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken	
Gerti Tanjsek	Bocholt	anwesend bis 18:00 Uhr

#### Vertreter/innen der Verwaltung:

Hubert Grothues  
Stefan Pelz  
Kordula Blickmann  
Richard Riedel  
Stefan Kranz  
Peter Nattefort

#### Gäste:

Peter Kleyboldt Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH  
Dr. H. Georg Meiners ahu AG, Aachen

#### Es fehlen entschuldigt:

Bernadette Aehling	Borken
Ludwig Artmeyer	Bocholt
Josef Berghaus	Schöppingen
Heinz-Josef Elpers	Ahaus
Alfons Wissing	Schöppingen

### **Erledigung der Tagesordnung:**

Vorsitzende Magdalene Garvert eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Besonders begrüßt Frau Garvert Herrn Dr. H. Georg Meiners von der ahu AG, Aachen, der das vom Landesumweltministerium in Auftrag gegebene Gutachten zum Fracking in unkonventionellen Erdgas-Lagerstätten vorstellen wird.

### **A. Öffentlicher Teil**

#### **Punkt 1:            Informationen zum Fracking-Gutachten                       Vortrag Dr. H. Georg Meiners, ahu AG, Aachen**

---

Herr Dr. Meiners trägt anhand einer Präsentation vor (sh. Anlage 1 zur Niederschrift).

Er sei als Hydrogeologe in einer Gruppe von 20 Fachleuten verschiedener Büros an der Erarbeitung der vom Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW in Auftrag gegebenen wissenschaftlichen Stellungnahme beteiligt gewesen. Hierbei seien die Auswirkungen der Exploration und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten auf den Naturhaushalt beurteilt und eine Risikostudie erstellt worden. Weitergehende Informationen zu der Thematik seien der Internet-Seite des Ministeriums zu entnehmen (<http://www.umwelt.nrw.de/umwelt/index.php>). Dort sei auch eine Kurzfassung des Gutachtens aufzurufen.

Herr Dr. Meiners informiert, auch das Umweltbundesamt habe eine Studie zum Thema „Fracking“ in Auftrag gegeben. Hier sei die rechtliche Seite detailliert abgearbeitet worden.

Nach Ende seiner Ausführungen dankt Frau Garvert Herrn Dr. Meiners für seinen Vortrag. Er habe die Thematik straff und vereinfachend dargestellt, so dass diese auch für Laien verständlich gewesen sei. Vertreter aller anwesenden Fraktionen schließen sich dem Dank Frau Garverts an.

Herr M. Schulte bekundet, durch die vehemente Intervention der Bevölkerung und der Politik sei die Industrie nun bemüht, die Umweltauswirkungen des Frackings möglichst gering zu halten. Er äußert jedoch seine Sorge um das charakteristische Landschaftsbild der „Münsterländischen Parklandschaft“. Herr Dr. Meiners entgegnet, die Erdgasunternehmen zeigten außerordentliche Kreativität bei der Reduzierung der Auswirkungen auf den Naturhaushalt und das Landschaftsbild. Beispielsweise sei anstelle des Betriebs vieler kleinerer Bohrplätze an den Einsatz weniger großer Anlagen zu denken (sog. Clusterbohrplätze). Auch sei die Entwicklung niedrigerer Bohrtürme beabsichtigt.

Auf Nachfrage von Frau Saatkamp gibt Herr Dr. Meiners seine persönliche Einschätzung ab, dass der bei einer Gewinnung von Erdgas durch Fracking erforderliche Wasserbedarf zwar immens sei, aber keine wesentlichen Auswirkungen auf die Landwirtschaft haben dürfte. Problematisch sei in diesem Zusammenhang jedoch der Flächenverbrauch zu sehen, der sich durch die zu schaffenden Rohrleitungsverbindungen ergebe.

In europäischen Staaten sei die Einstellung zum Fracking unterschiedlich, so Herr Dr. Meiners zu einer weiteren Frage Frau Saatkamps. Er nennt als Beispiele Frankreich und Bulgarien, die sich für einen Stopp dieser Art der Erdgasgewinnung ausgesprochen hätten. In Frankreich sei dies nach seiner persönlichen Einschätzung in der dort stark vorherrschenden Atomkraftnutzung begründet. Dagegen werde beispielsweise in Polen schon Erdgas durch

Fracking gewonnen, wohl um langfristig unabhängig von russischen Gaslieferungen zu werden (geopolitischer Aspekt).

Herr Böcker stellt fest, die kritische Beobachtung der Thematik durch die Bevölkerung sei berechtigt gewesen. Herr Dr. Meiners unterstreicht, ohne das Einschreiten von Bürgern und Politik wäre es nicht zu einer Erarbeitung des nun vorliegenden Gutachtens gekommen, und die Unternehmen seien nicht zur Reaktion veranlasst gewesen.

Frau Tanjsek spricht sich dafür aus, Herrn Dr. Meiners zu einem späteren Zeitpunkt erneut in den Ausschuss für Umwelt einzuladen, um über die weitere Entwicklung zu berichten.

Auf Nachfrage von Herr Stilkenbäumer erläutert Herr Dr. Meiners, in den USA hätte sich erwiesen, dass in Kohleflözen bestehendes Erdgas eher ohne Fracking gewinnbar sei. Das Unternehmen Exxon habe die Chance zu einer solchen Förderung mit 50/50 beziffert.

Eine weitere Frage Herrn Stilkenbäumers richtet sich auf die Gefahr einer flächendeckenden Umweltbelastung durch den sogenannten Flowback der eingesetzten Flüssigkeiten. Herr Dr. Meiners schätzt diese Gefahr erheblich ein, besonders wenn der Flowback nicht nur in die Lagerstätten selbst, sondern auch in andere aufnahmefähige Gesteine eingeleitet werde. Auch hier, so Herr Dr. Meiners weiter, seien die Unternehmen aber mit möglichen Problemlösungen beschäftigt. Beispielsweise sei eine Wiederverwendung oder eine Aufbereitung des Flowback denkbar.

Herrn Osterhues ist aufgefallen, Herr Dr. Meiners habe in seinem Vortrag bei den Rahmenbedingungen des Gutachtens auch die Nachsorge angesprochen. Herr Dr. Meiners informiert hierzu, die Nachsorge sei zwar nicht Bestandteil des Auftrages gewesen, gleichwohl wollte man darauf hinweisen, dass die begrenzte Haltbarkeit des die Bohrungen verschließenden Zements in einigen Jahrzehnten Gefahren bergen könne.

Herr Dr. Meiners bestätigt nach einer Wortmeldung Herrn Schleifs, die Gewinnung von Gas aus unkonventionellen Lagerstätten könne nicht nur Auswirkungen auf die öffentlichen Trinkwassergewinnungsgebiete haben, auch die im Außenbereich bestehenden privaten Hausbrunnen seien zu beachten. Hierzu sei in jedem Fall eine standortgenaue Risikobetrachtung mit einem Grundwasser-Monitoring erforderlich.

Herr Harks möchte wissen, wie oft bislang die Fracking-Methode in Deutschland eingesetzt worden sei. Herr Dr. Meiners gibt an, dies sei in etwa 280 Fällen vorgekommen. Dabei, so Herr Dr. Meiners weiter, seien zwar keine Komplikationen aufgetreten, aber ihm sei auch nicht bekannt, welche möglichen Auswirkungen dort untersucht wurden.

Herr Dr. Meiners teilt die Einschätzung von Herrn Oenning, dass das von der Firma Exxon zu erstellende umfassende Monitoring wegen der Beauftragung durch das Unternehmen zu sehr dessen Interessen berücksichtigen könnte. Besser wäre es, wenn das Monitoring vom Ministerium in Auftrag gegeben würde und die entstehenden Kosten dem Unternehmen aufgegeben würden.

---

**Punkt 2:           Region in der Balance - Leitlinien und Handlungskonzept**  
**Vorlage: 0283/2012**

---

Frau Garvert und Herr Grothues führen anhand der Sitzungsvorlage in die Thematik ein.

Herr Grothues betont, bei dem Handlungsprogramm und den Leitlinien handele es sich nicht um einen Verwaltungsvorschlag, sondern um ein von allen Beteiligten in einem gemeinsamen Verfahren entwickeltes Konzept, das nicht nur einen Erkenntnisprozess darstelle, sondern sich auch mit Handlungsmöglichkeiten beschäftige.

Anschließend berichtet der Projektkoordinator, Herr Stefan Kranz, anhand eines Folienvortrages (Anlage 2 der Niederschrift).

Frau Saatkamp begrüßt das vorgestellte Konzept. Allerdings schlägt sie vor, die im Leitbild genannten Zahlen zum Flächenverbrauch und zur CO<sub>2</sub>-Reduktion auf den Kreis Borken herunter zu brechen. Herr Grothues sagt diese Anpassung zu.

Außerdem ist Frau Saatkamp der Ansicht, unter 6.2 des Handlungsprogrammes solle auch das Thema Windenergie aufgenommen werden. Diesen Vorschlag habe sie auch im Rahmen ihrer Mitarbeit in den Workshops unterbreitet.

Herr M. Schulte entgegnet, das vorliegende Handlungsprogramm sei Ergebnis eines komplexen Prozesses und damit Ausfluss zielgerichteter und effizienter Arbeit aller beteiligten Akteure. Dieses abgestimmte Ergebnis solle nicht durch einen entgegen stehenden Beschluss des Ausschusses für Umwelt geändert werden.

Herr Grothues weist darauf hin, dass vom Kreis Borken und von den 4 beteiligten Kommunen jeweils eigene Handlungsprogramme zu beschließen seien. Nur der Text der Leitlinien sei für alle gleich. Herr Kranz erläutert in diesem Zusammenhang, das Thema Windenergie finde sich in den Handlungskonzepten der Kommunen wieder. Herr Grothues erklärt, das Windkraft-Thema sei in vergleichbaren Prozessen in den Nachbarkreisen anders behandelt worden. Der Kreis Steinfurt, so Herr Grothues weiter, habe eine eigene Windpotentialanalyse in Auftrag gegeben („top-down“). Dagegen hätten im Kreis Borken die Kommunen eigene Potentialanalysen erarbeiten lassen, um ihre Flächennutzungsplanung anzupassen („bottom-up“-Prinzip). In diese selbständige Planung solle der Kreis nicht eingreifen.

Abschließend weist Herr Grothues Frau Saatkamp darauf hin, dass ihr Vorschlag zu einem späteren Zeitpunkt, z.B. im Rahmen des in 2013 bevorstehenden Transferworkshops oder bei den Haushaltsberatungen Berücksichtigung finden könne.

**Beschluss:** einstimmig bei 2 Enthaltungen

Den Leitlinien und dem Handlungskonzept für ein nachhaltiges Flächenmanagement im Kreis Borken unter Berücksichtigung von Klimaschutz und Klimaanpassung wird zugestimmt.

**Punkt 3: Verlängerung der Freistellungsregelung für das Reiten im Wald**  
**Vorlage: 0284/2012**

---

Frau Seidensticker-Beining bittet darum, in der Niederschrift Zahlen zu den ausgegebenen Reitkennzeichen und den diesbezüglichen Gebühreneinnahmen zu nennen.

*In 2012 wurden 79 Reitkennzeichen neu ausgestellt. Für diese Kennzeichen werden jeweils 39,50 € erhoben, wovon je 25 € Reitabgabe an das Land abzuführen sind. 14,50 € je neu ausgestelltem Reitkennzeichen verbleiben als Verwaltungsgebühren für den Kreis.*

*Außerdem werden 2012 628 Reitkennzeichen für das Jahr 2013 verlängert. Bei der Verlängerung werden jeweils 30,50 € erhoben, von denen ebenfalls je 25 € Reitabgabe an das Land abzuführen sind. Die verbleibenden 5,50 € je Verlängerung sind Gebühreneinnahmen des Kreises.*

**Beschluss:** einstimmig bei 1 Enthaltung

Die Freistellungsregelung gemäß § 50 Abs. 2 Landschaftsgesetz (LG) NW wird verlängert. Sie tritt spätestens am 31.12.2016 außer Kraft, wenn nicht der Kreistag eine weitere Verlängerung beschließt.

---

**Punkt 4: Controllingbericht zum 30.09.2012**  
**Vorlage: 0271/2012**

---

Auf Frage von Frau Saatkamp erklärt Herr Grothues, die Stelle im Bereich Klimaschutz sei inzwischen wieder besetzt.

Frau Saatkamp beklagt, in der Niederschrift zur vergangenen Sitzung des Ausschusses für Umwelt sei die Beantwortung einer Frage Herrn Fischers zu den Buß- und Zwangsgeldern im Bereich Bauaufsicht zum Stand 30.06.2012 nicht wieder zu finden. Herr Riedel weist darauf hin, dass eine vergleichbare Frage auch in der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Bauen gestellt wurde.

*In der Niederschrift dieser Sitzung wurde die Frage wie folgt beantwortet:*

*Die Verfolgung einer Ordnungswidrigkeit im Bauordnungsrecht ist aufgrund der umfangreichen Recherchen und des Prüfaufwandes sehr personalintensiv. Da jeder Einzelfall gesondert zu betrachten ist, können diese Verfahren – anders als etwa die Ahndung von Geschwindigkeitsüberschreitungen – nicht technisch standardisiert werden. Die Bearbeitung übernehmen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung der unteren Bauaufsicht, welche gleichzeitig auch für die Bearbeitung von Bauanträgen verantwortlich sind. Zu nennen ist insbesondere die planungsrechtliche Prüfung von Vorhaben im Außenbereich. Da die Zahl der größeren, investitionsträchtigen und damit auch arbeitsintensiven und konflikträchtigen Vorhaben, besonders im landwirtschaftlichen Bereich, zugenommen hat, muss aufgrund der damit verbundenen Arbeitsbelastung die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten derzeit auf schwerere Verstöße beschränkt werden.*

Im weiteren Jahresverlauf, so Herr Riedel weiter, habe sich die voraussichtliche Unterschreitung der im Haushaltplan berücksichtigten Buß- und Zwangsgelder im Bereich Bauaufsicht jedoch reduziert, so dass diese im aktuellen Controllingbericht zum 30.09.2012 nicht mehr relevant sei.

Auf Nachfrage von Herrn Fischer zu der Kennzahl „Anzahl Stellungnahmen zu Abfallversorgung“ (Produkt 06.05.02) stellt Frau Blickmann klar, hierbei handele es sich um Stellungnahmen zur Verwertung der Gülle bei landwirtschaftlichen Vorhaben im Außenbereich.

Die Ergebnisse des Controllingberichtes zum 30.09.2012 werden zur Kenntnis genommen.

---

**Punkt 5: Konzept für die Alttextilsammlung im Kreis Borken**  
**Vorlage: 0288/2012**

---

Herr Kleyboldt erläutert die Sitzungsvorlage ausführlich. Anschließend berichtet Frau Blickmann anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt ist.

Herr Osterhues und Herr Schleif begrüßen, dass durch die vorgeschlagene Vorgehensweise eine Art Schutzschirm für die gemeinnützigen Verbände und Vereine gebildet werden solle, um diese vor einer Verdrängung durch gewerblichen Alttextiliensammler zu schützen.

Frau Blickmann weist deutlich darauf hin, dass eine Anzeige zur Alttextiliensammlung nur abgelehnt werden könne, wenn eine qualitativ ausreichende kommunale Sammlung im betreffenden Gebiet bestehe. Sie erläutert, die Kommunen müssten hierzu entscheidungsrelevante Kriterien wie zum Beispiel die für ihr Gebiet erforderliche Containerstanddichte entwickeln.

Die Beschlussfassung, so Frau Blickmann weiter, ermögliche eine zeitlich befristete Zulassung gewerblicher Sammlungen.

Herr M. Schulte schlägt vor, für die kommunalen Sammlungen künftig eventuell ein gemeinsames Logo zu verwenden.

Aufgrund der Diskussion eines Vorschlags von Herrn Harks wird eine redaktionelle Änderung des Beschlusses vorgenommen. (Siehe Hervorhebung im Beschlusstext).

**Beschluss:** einstimmig

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie der EGW unter Einbindung der im Kreis Borken tätigen von den Kommunen benannten gemeinnützigen Verbände und Vereine ein Konzept für eine kommunale Alttextilsammlung spätestens bis zum 31.12.2013 zu erstellen, so dass spätestens ab 2014 mit der gemeinsamen Sammlung begonnen werden kann.

**Punkt 6:           Mitteilungen der Vorsitzenden**

---

Frau Garvert informiert, dass am 05.02.2013 der Ausschuss für Umwelt und der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen voraussichtlich 2 Tagesordnungspunkte gemeinsam beraten werden. Anschließend werden die Sitzungen getrennt fortgesetzt.

Die kommenden Termine des Ausschusses für Umwelt seien wie folgt festgelegt worden (Beginn jeweils 17:00 Uhr):

Dienstag, 05.02.2013

Dienstag, 18.06.2013

Donnerstag, 26.09.2013

Donnerstag, 21.11.2013

Donnerstag, 30.01.2014

**Punkt 7:           Mitteilungen der Verwaltung**

---

Herr Grothues berichtet, insgesamt hätten rund 55.000 Menschen die vier Festivals der diesjährigen Naturparkschau besucht. Der Kreis Borken werde den Verein „Naturpark Hohe Mark Westmünsterland“ über die Mitarbeit von Frau Zimmermann unterstützen, aber auch die anderen Beteiligten zur Hilfe aufrufen. Langfristig solle der Naturpark-Verein auf eigenen Beinen stehen. Dies sei aber momentan aufgrund der prekären Haushaltssituation vieler Kommunen problematisch. Herr Grothues kündigt an, in einer der kommenden Sitzungen ausführlich über die Naturparkschau zu berichten.

Das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NW, so teilt Herr Grothues mit, habe jüngst einen Erlassentwurf zu immissionschutzrechtlichen Anforderungen an Tierhaltungsanlagen veröffentlicht. Im Entwurf werde unter anderem definiert, in welchen Fällen die Installation von Abluftreinigungsanlagen notwendig ist. Große Schweinehaltungsanlagen, z. B. ab 2.000 Mastplätze, sollten demnach nur mit Abluftreinigung genehmigt werden. Zudem müssten bestehende Schweinehaltungsanlagen im oben genannten Größenbereich mit einer zentralen Ablufführung nachgerüstet werden. Weiterhin werde eine verpflichtende Abdeckung von Güllelagerbehältern beschrieben und auf die Bioaerosolproblematik eingegangen.

Herr Grothues weist auf eine Broschüre „Gesamtperspektive Flusslandschaften“ der Regionale 2016 Agentur hin, die in Kürze auch im Internet unter [www.regionale2016.de](http://www.regionale2016.de) abzurufen sein werde.

Der schon seit einigen Sitzungen angekündigte Bericht zum Schlinge-Projekt, so Herr Grothues weiter, sei für die Tagesordnung der heutigen Sitzung vorgesehen gewesen, musste jedoch aufgrund der begrenzten Zeit auf die kommende Sitzung verschoben werden.

Bereits bei der vergangenen Sitzung des Umweltausschusses hat Frau Gülker auf die von der Fachhochschule Münster im Auftrag der Bezirksregierung Münster erstellte „Handlungsleitlinie zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung im Münsterland“ hingewiesen. Herr Grothues teilt nunmehr mit, dass unter

[https://en.fh-muenster.de/fb4/fue/fue\\_gebiete/null-emissionskonzepte/muensterland.php](https://en.fh-muenster.de/fb4/fue/fue_gebiete/null-emissionskonzepte/muensterland.php)

neben der Handlungsleitlinie selbst auch die Kurzsteckbriefe für alle 66 Kommunen sowie für die vier Kreise aufrufbar seien.

Herr Grothues informiert, der Kreis Borken habe inzwischen eine zweite Stellungnahme zum Netzentwicklungsplan 2012 (NEP 2012) abgegeben, die auch den Fraktionsvorsitzenden zur Verfügung gestellt worden sei.

---

**Punkt 8: Anfragen**

---

**Punkt 8.1: Ergänzende Fragen zur Vorlage 0251/2012 -Entsorgung und Zwischenlagerung von Tierkadavern aus Hähnchenmastanlagen-  
Anfrage der SPD-Fraktion vom 16.10.2012  
Vorlage: 0263/2012**

---

Frau Garvert weist auf die gemeinsam mit der Anfrage versandte Stellungnahme der Verwaltung hin.

---

**Punkt 8.2: Weitere Anfragen**

---

Herr Stilkenbäumer erkundigt sich nach Plänen zur Renaturierung des Boombaches in Reken-Hülsten. Herr Pelz informiert, im Rahmen der Arbeiten zur EG-Wasserrahmenrichtlinie sei ein entsprechender Auftrag vergeben worden, es lägen jedoch noch keine konkreten Planungen vor.

Frau Garvert schließt die Sitzung um 18:45 Uhr.

---

Magdalene Garvert

---

Peter Nattefort